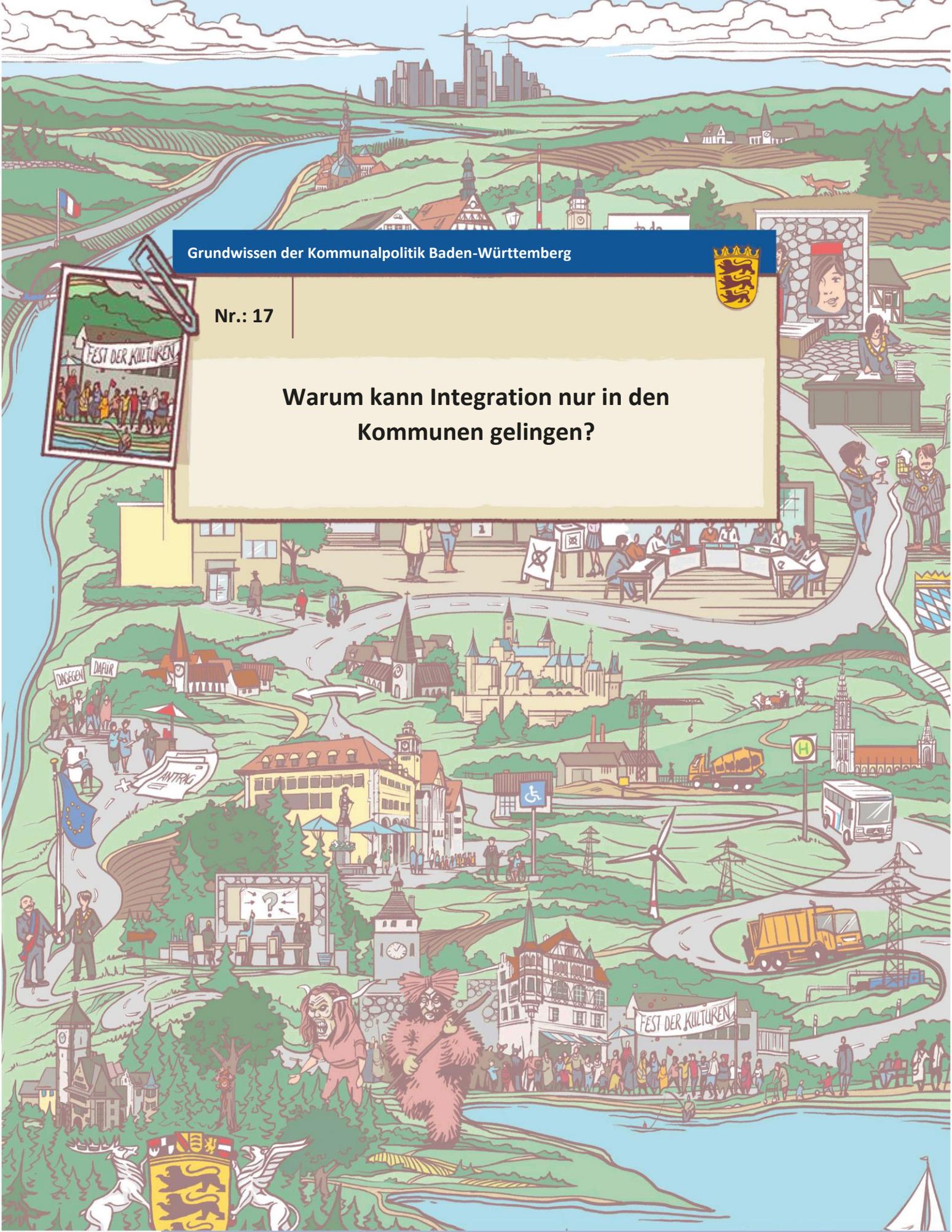




Nr.: 17

Warum kann Integration nur in den Kommunen gelingen?





Türkan KARAKURT, Soziologin (Freiburg)

Warum kann Integration nur in den Kommunen gelingen?

Neue Heimat Deutschland

Von Sommer 2015 bis Sommer 2016 sind rund eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Eine weitere Million – hauptsächlich aus den europäischen Nachbarländern – ist zugezogen, weil die Menschen hier einen Job suchen oder gefunden haben. Zählt man die Einwanderung seit der Gastarbeitergeneration der 50er- und 60er-Jahre dazu, haben viele Millionen Menschen aus unterschiedlichen Ländern eine neue Heimat in Deutschland gefunden.

Egal in welchem Bundesland diese Menschen ankommen, sie lassen sich in einer der ca. 12.000 Kommunen nieder. Die Kommune ist die unterste Ebene des Staates, hier werden nahezu alle Dinge geregelt, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger direkt betreffen.

Die Kommune ist zuständig für die Erteilung der Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, auch wenn die Gesetze dazu natürlich vom Bundestag gemacht werden, weil sie bundesweit gelten. Die Arbeitsagentur hat ihren Sitz vor Ort und hilft den Menschen bei der Arbeitssuche, ebenso andere Bundes- und Landesbehörden wie Zoll und Polizei.

Die Kommune hält alle Leistungen des Staates bereit; sie sorgt dafür, dass die Menschen ein Dach über dem Kopf haben und Sozialleistungen bekommen, wenn sie einen Anspruch darauf haben. Sie kümmert sich darum, dass die Kinder einen Platz im Kindergarten und in der Schule erhalten. Sie stellt sicher, dass es genügend Krankenhäuser und Ärzt_innen gibt, dass Straßen gebaut und unterhalten werden und dass es genügend Wohnungen gibt. Und, ganz wichtig, sie trägt Sorge dafür, dass Unternehmen auf ihrem Gebiet Arbeitsplätze schaffen.

Kommunen als Ort der Integration

Die Kommune ist der Lebensort der Menschen; hier lernen die neu hinzugezogenen Menschen die deutsche Sprache, hier kommen sie in Kontakt mit den Behörden, hier stellen sie ihre Anträge auf Asyl oder Arbeitserlaubnis. Sie brauchen anfangs Unterstützung bei der Wohnungssuche und im Umgang mit



der deutschen Bürokratie. In der Kommune finden sie im Idealfall eine Arbeit, ihre Kinder gehen zur Schule und nach und nach finden sie sich in das gesellschaftliche und soziale Leben in ihrer Gemeinde ein.

Wie gut die Kommunalverwaltung auf die Bedürfnisse der neuen Bürgerinnen und Bürger eingestellt ist, entscheidet darüber, ob sich die Zugezogenen gut aufgenommen fühlen. Gibt es Sprachmittler für die ersten Gespräche? Kann die Behörde auf Ehrenamtliche zurückgreifen, die diese Menschen bei den vielen bürokratischen Schritten begleiten und ihnen die Unsicherheit nehmen? Und gibt es gute Kontakte zu Migrantenvereinen, die ebenfalls vermittelnd tätig werden und eine gute Aufnahme unterstützen können?

Die Kommunen in Deutschland sind in all diesen Fragen unterschiedlich gut aufgestellt. Das hat sich in den Jahren 2015 und 2016 gezeigt, als sie innerhalb kürzester Zeit sehr viele Menschen aufnehmen und versorgen mussten.

Was können Kommunen für Integration tun?

Für ein gutes Gelingen ist entscheidend, dass sich die Kommunalverwaltungen - gemeinsam mit der lokalen Zivilgesellschaft einschließlich der Neubürger_innen - über eine Strategie und die notwendigen Instrumente für diesen Prozess abstimmen und sich gemeinsam auf den Weg machen.

Dieser Weg kann unterschiedlich aussehen und ist von vielen Faktoren abhängig wie zum Beispiel von der Größe und der Zusammensetzung der Gesellschaft vor Ort. Eine große Rolle spielt natürlich auch, wie sehr sich die Bewohner_innen mit ihrer Kommune identifizieren und sich ehrenamtlich engagieren, und wie aktiv und offen die lokalen Vereine sind, die im Sport, in der Musik, der Kunst und des geselligen Beisammenseins Menschen mit ähnlichen Interessen zusammenbringen. Gemeinsam organisieren diese meistens auch Unterstützung für andere und stärken damit den Zusammenhalt in der Kommune.

Und schließlich muss die Kommune auch Geld in die Hand nehmen, um den Dialog zwischen allen für das Gemeinwohl wichtigen Akteur_innen in Gang zu setzen und Maßnahmen umzusetzen, die Anreize für Integration schaffen können.



Freiwillige Leistungen der Kommunen

Während der so genannten Flüchtlingskrise 2015/2016 erbrachten viele Kommunen zur Integration der Flüchtlingsfamilien über ihre Pflichtaufgaben hinaus „freiwillige Leistungen“.

Das sind Maßnahmen, die über die Versorgung etwa mit Wohnraum und Lebensmitteln hinausgehen und von den Kommunen in Eigenregie übernommen werden können oder auch nicht. Die interkulturelle Aus- und Weiterbildung des pädagogischen Personals in Kindergärten und Schulen gehört ebenso dazu wie der Einsatz von Eltern- und Schülermentor_innen. Diese unterstützen die Familien in einem ihnen fremden Bildungssystem und helfen dabei, dass Benachteiligungen (welche die neuen Schüler_innen naturgemäß haben) abgebaut werden.

Kommunen, die nicht warten wollten, bis die Neuangekommenen nach Wochen oder Monaten der Untätigkeit in Sprachkurse des Bundes und der Länder aufgenommen wurden, legten eigene Programme auf; denn sie wissen, dass jede Stunde in einem Deutschkurs die Geflüchteten einem potentiellen Arbeitsplatz näher bringt. Und wenn gemeinsam mit der Arbeitsagentur, den lokalen Unternehmen und den Kammern ein Netzwerk aufgebaut wird, das ihnen Praktika ermöglicht und damit die vielfältigen Hürden zur Arbeitsaufnahme abbaut, dann ist wieder ein wichtiger Schritt zur Integration geglückt.

Denn die Arbeit ist ein wichtiger Ort für die Integration. Hier kann man Teil eines Ganzen sein und Anerkennung finden. Wer hingegen auf Dauer vom Arbeitsleben ausgeschlossen bleibt, dem fehlt ein wichtiger Teil der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe.

Wie gelingt Integration?

Die gesellschaftliche und soziale Integration von Migrant_innen und Flüchtlingen kann selbstverständlich nur gelingen, wenn beide Seiten sich anstrengen.

Die aufnehmende Gesellschaft mit allen Akteur_innen in der Kommune kann vieles dazu beitragen, indem sie die Neuankömmlinge mit den richtigen Angeboten zum Mitmachen einlädt. Das setzt voraus, dass diese die Bereitschaft mitbringen, sich zu integrieren.

Ein demokratisches Gemeinwesen muss darauf bestehen, dass Neubürger_innen – egal aus welchen Gründen sie nach Deutschland gekommen sind – sich auf die politischen und gesellschaftlichen



Spielregeln einlassen und das soziale Miteinander positiv mitgestalten wollen. Ein Scheitern der Integration wäre für beide Seiten fatal.

Ein Auseinanderdriften von Gesellschaften, wie wir es aktuell in unterschiedlichen Teilen der Welt beobachten können, hat gravierende negative Folgen für alle.

Sh. auch: Integration vor Ort erfolgreich gestalten ([vier Online-Tutorials](#))



Weitere Informationen erhalten Sie hier:
www.fes-online-akademie.de/kommunalpolitik